

Interview:

Wilfried Telkämper ist Mitglied der Fraktion "Die Grünen" im Europäischen Parlament. Er beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Bangladesh. Das Interview enthält eine Reihe an Fragen, die auch den beiden Beamten der Europäischen Kommission gestellt wurden. Dadurch sollen unterschiedliche Sichtweisen in bezug auf die konkrete Zusammenarbeit mit Bangladesh wie auch im Hinblick auf die europäische Entwicklungspolitik als solche verdeutlicht werden.

Welches Verhältnis haben Sie zu Bangladesh?

Bangladesh wird klassischerweise als ein Land wahrgenommen, das am Tropf der Geberländer von Entwicklungshilfe hängt. Die Europäische Union (EU) hat daran einen nicht unerheblichen Anteil. Diese Situation wird von vielen kritisiert, die auf das große Potential Bangladeshs zur Selbsthilfe verweisen, vorausgesetzt, man legt den Kriterien von "Entwicklung" die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit zugrunde und reduziert die Abhängigkeit vom Westen.

Können Sie ein Beispiel für eine "Sternstunde" des EP und des Entwicklungsausschusses nennen?

Die Abstimmung über die Lomé IV Konvention würde ich dazu zählen. Anfänglich standen die Grünen mit ihrer klaren Ablehnung der den Lomé-Ländern offerierten Bedingungen völlig isoliert da. Mit unserer kritischen Position konnten wir uns jedoch immer mehr Gehör verschaffen, so daß die sozialistische Fraktion eine Stunde vor der Abstimmung eine Notsitzung abhalten mußte, um ihre "Überläufer" auf Linie zu bringen. Die neue Konvention wurde dann mit immerhin 100 Gegenstimmen verabschiedet - ein denkbar knappes Ergebnis für die damals noch nötige Zweidrittel-Mehrheit. Gerade bei der Nord-Süd-Zusammenarbeit geht es aber weniger um "Sternstunden" als um kleine Mosaiksteinchen, die - als Einzelergebnis kaum merklich - jedoch in ihrer Gesamtheit Veränderungen in den politischen Beziehungen herbeiführen. In der Resolution des EP zum 'Flood Action Plan', die die Kommission zur Vorsicht veranlaßt und der europäischen Kampagne wichtige Impulse gegeben hat, würde ich z.B. ein solches "Steinchen" sehen.

Können Sie ein Negativereignis nennen?

Daß Lomé IV dann trotzdem verabschiedet wurde. Die damals nicht durchgeführten Reformen dienen jetzt bei der Halbzeitreform als Vorwand, um die Bedeutung von Lomé und vor allem die Mittel herunterzuschrauben. Positiv war 1990, daß die Konvention eine 10jährige Laufzeit haben und nur das Finanzprotokoll nach fünf Jahren erneuert werden sollte. Statt dessen haben die europäischen Regierungen dies zum Anlaß genommen, um den ganzen Rahmen zur Disposition zu stellen.

Den größten Einbruch erleben wir aber zur Zeit, wo sich die Auswirkungen von Maastricht bemerkbar machen. Die EU hat an Bedeutung gewonnen. Zwar ist die Außenpolitik noch nicht richtig vergemeinschaftet, doch unter sicherheits- und hegemonialpolitischen Gesichtspunkten werden dem Entwicklungsausschuß immer mehr Kompetenzen entzogen und dem Außen- bzw. dem Außenhandelsausschuß zugewiesen. Die Mittelmeerpolitik gehört neuerdings zum Außenausschuß, Lateinamerika und Asien werden schon seit längerem im Außenhandelsausschuß abgehandelt. Für den Entwicklungsbereich bleiben nur die AKP-Länder übrig.

Auf der Kommissionsebene sind ähnliche Prozesse zu verzeichnen, die das EP fast dazu veranlaßt hätten, die Investitur der neuen KommissarInnen abzulehnen. Kommissionspräsident Santer hatte eine rein regionale Aufteilung vorgesehen, in der für Entwicklung

niemand mehr zuständig zeichnete. Dieses Element wurde dann immerhin noch nachgebessert.

Wann werden Sie aus dem Ausschuß ausscheiden? Was wollen Sie bis dahin entwicklungspolitisch noch realisiert haben?

Die Frage sollte vielleicht eher lauten: Wird es in Zukunft noch einen Entwicklungsausschuß geben, der diesen Namen verdient? Denn es gibt eine Tendenz im EP, wonach der Außenausschuß zunehmend die politisch brisanten Bereiche als seine ureigene Domäne betrachtet. Der Entwicklungsausschuß degradiert mehr und mehr zu einem Unterausschuß Afrika. Das hat auch mit dem Phänomen der "humanitären Intervention" zu tun. Sie ersetzt finanziell und operationell zunehmend die klassische Entwicklungszusammenarbeit und läuft über das Europäische Büro für humanitäre Soforthilfe (ECHO), für das der Außenausschuß zunehmend die alleinige Kompetenz verlangt.

Das ganze Feld der humanitären Hilfe sollte deshalb politisch aufmerksam verfolgt werden. Ein wichtiger Ansatzpunkt für die Grünen in nächster Zeit sollte die Zukunft der Nahrungsmittelhilfe bilden. Es bahnt sich aufgrund des neuen GATT-Abkommens mit den USA ein Konflikt an. Die USA haben soeben angekündigt, ihre Nahrungsmittelhilfe um 45 Prozent zurückschrauben zu wollen. Als eine Art Agrarexportsubvention stünde sie mit dem GATT in Konflikt. Die EU ist nun in Zugzwang geraten. Für die Grünen ergibt sich möglicherweise eine Chance, ihrem Ziel, Nahrungsmittelhilfe auf absolute Notsituationen zu beschränken, einen Schritt näher zu kommen. Der Kampf gegen Rüstungsexporte gehört ebenfalls zu meinen Prioritäten.

Rat und Kommission scheinen auch entwicklungspolitisch den Ton anzugeben; das EP eine Art Debattierverein zu sein. Was kann getan werden, um diesen Zustand zu ändern?

Die Rolle des EP, die theoretisch ausgeweitet werden sollte und auch einen gewissen Einfluß auf eine größere Kohärenz in der europäischen Entwicklungspolitik ausüben könnte, hat meiner Meinung nach de facto keine Fortschritte gemacht. Bei allen "wichtigen" entwicklungspolitischen Entscheidungen sollte das EP nach Maastricht mitreden dürfen. Statt dessen lassen Kommission und Rat nichts unversucht, um die juristisch nicht klar definierte Einbeziehungspflicht des EP zu umgehen. Die auch vor Maastricht schon bestehende Zustimmungspflicht des EP für internationale Abkommen wurde sogar erleichtert, indem jetzt die einfache Mehrheit der Anwesenden für ein positives Votum reicht. Konzertierte Aktionen der Außenminister werden seit Maastricht des öfteren aus der Taufe gehoben, wie z.B. in Südafrika. Ob es sich dabei um mehr als nur ein Etikett handelt, ist noch nicht abzusehen. Bei Situationen mit dringendem gemeinsamem Handlungsbedarf wie in Ruanda oder Burundi besteht die Kohärenz vor allem im Nichthandeln.

Die Regierungskonferenz wird vielleicht einige Fortschritte in Richtung auf mehr formale Demokratie bringen. Die Mitentscheidung des EP sollte zur Alltäglichkeit werden, seine Zustimmungspflicht ausnahmslos für alle Verträge gelten, also auch für Handels- und Fischereiabkommen, und der Europäische Entwicklungsfonds in den EU-Haushalt integriert werden.

Welche Vor- und Nachteile hat Ihres Erachtens eine bilaterale bzw. multilaterale Entwicklungspolitik?

Es gibt viele sektorale Haushaltslinien, z.B. Tropenwald, Demokratie, Gesundheit, Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, etc. Die Entscheidung über deren Finanzvolumen fällt jedes Jahr wieder neu das EP. Ihre Ausführung obliegt der Kommission. Dieser sektorale Aspekt ist im Verhältnis zu den nationalen Haushalten, die hauptsächlich bilateral ausgerichtet sind, ein Fortschritt und sollte unterstützt werden. Ansonsten spielen einseitige Kolonialinteressen auf EU-Ebene eine geringere Rolle als bei der bilateralen Hilfe. Auch bei der Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen spielen parteipolitische Erwägungen - im Gegensatz zu den Gepflogenheiten der Mitgliedsstaaten - keine signifikante Rolle. Ein

Nachteil der multilateralen Entwicklungspolitik besteht in den schwerfälligeren Entscheidungsstrukturen infolge des größeren Kreises von Entscheidungsträgern (Empfängerländer, Kommission, Rat, Parlament). Eine Ausweitung der Kompetenzen des EP und eine Einflußbeschränkung des Rates bei der Projektkontrolle könnte jedoch eine Straffung bringen.

Das Vertragswerk von Maastricht hat der Entwicklungspolitik eine rechtliche Grundlage gegeben? Sind die Gebote nach Koordination und Kohärenz eingelöst worden?

Um das Kohärenzgebot zu erproben, hat der Rat nach Maastricht neun Entwicklungsländer, darunter Bangladesh, als Modell ausgesucht. Die Kommission wurde beim letzten Ministerratstreffen aufgefordert, einen Bericht zu den Kohärenzbemühungen der EU in diesen Ländern vorzulegen. Ein Ergebnis ist bisher nicht bekannt. Das Beispiel Lomé zeigt: Die Koordinierung läuft beim gegenwärtigen Trend vor allem auf eine Reduzierung der gemeinsamen Entwicklungspolitik hinaus. Deutschland und Großbritannien wollen die multilaterale Hilfe zurückfahren mit dem Argument, französische Unternehmen würden zu stark von Lomé profitieren. Da beide Länder gleichzeitig auch ihre bilaterale Hilfe einschränken, ist außer nationalem Egoismus kein plausibles Argument zu erkennen. Beim Essener Gipfel (Dezember 1994, d.Red.) wurden die Pflöcke für die zukünftige Nord-Süd-Politik ziemlich klar eingeschlagen: Konzentration auf die unmittelbaren EU-Anrainer, Nordafrika und die übrigen Mittelmeerländer, Ausweitung der institutionellen Beziehungen zum Mercosur, sollte er sich als wirtschaftlich tragfähig herausstellen, und Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den prosperierenden Gebieten Asiens. Der Rest der südlichen Halbkugel kommt unter ferner liefen.

Partizipation, Nachhaltigkeit, Förderung von Frauen - viele Schlagwörter. Werden Sie in der EZA mit Bangladesh umgesetzt?

Auf dem Papier ist die Kommission sehr bemüht, die genannten Aspekte zu berücksichtigen. Die Praxis hält den Ansprüchen zu meist nicht stand.

Was halten Sie von einer "Loméisierung" der Zusammenarbeit mit Bangladesh?

Die Aufnahme von Bangladesh in ein spezielles Programm für die "Ärmsten der armen Länder" halte ich für sinnvoller.

Die noch junge Demokratie in Bangladesh befindet sich in einer Krise. Dazu kommen noch die Aktionen religiöser Extremisten. Besteht die Gefahr eines Militärputsches? Wie würde die EU darauf reagieren?

Da Bangladesh für die EU kaum strategische Bedeutung hat, könnte ein Militärputsch zur Aussetzung des Vertrages führen, wie dies mit Birma geschehen ist. Mit Kambodscha und Vietnam gab es auch jahrelang keine Abkommen. Die Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen läuft in solchen Fällen gewöhnlich weiter.

In Bangladesh werden Menschenrechte verletzt. Dennoch fließt reichlich Entwicklungshilfe. Ist dies ein weiteres Beispiel dafür, daß die wirtschaftlichen Interessen der EU-Länder vor den Interessen der betroffenen Menschen stehen?

Ja, das ist bezüglich der meisten sogenannten Dritte-Welt-Länder so. Ob Türkei, Indien, Indonesien etc. Wir könnten die Politik sein lassen, wenn wir nicht fragen würden, für wen die Hilfe konkret ist, welche Projekte, und wie wir im Sinne der Einhaltung der Menschenrechte etwas erreichen können.

Was will der Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit tun, um den "Flood Action Plan" zu verhindern?

Eine Öffentlichkeitskampagne starten, wie sie z.B. im Falle des Narmadaprojekts geführt wurde, und durch eine nationale und internationale Mittelbegrenzung.

Was ist ihre Meinung zu 'Food for Work' Projekten?

Vor einigen Jahren hat der Europäische Rechnungshof in einer sehr kritischen Analyse zur Nahrungsmittelhilfe festgestellt, daß sie mehr dazu dient, Militär, Staatsangestellte und andere Nichtberechtigte mit Einkommen zu versorgen als die Armen zu ernähren, für die die Nahrungsmittellieferungen bestimmt waren. Bangladesh steht auf der Liste der Nahrungsmittelpfänger der EU immer noch an erster Stelle. Die EU-Kommission versucht daher in Bangladesh in den letzten Jahren eine Umschichtung in Richtung 'Food for Projects', das ist die Gewährung von Nahrungsmittelhilfe im Verbund mit finanzieller und technischer Hilfe.

Zu 'Food for Work' Projekten habe ich in Bangladesh sehr kritische Stimmen gehört. Viele Straßen sind zum Beispiel auf diese Weise in Bangladesh entstanden. Problematisch ist dabei, daß die Geberorganisationen sich untereinander nicht abstimmten, mit dem Ergebnis einer chaotischen Straßenplanung. Da Straßen in Bangladesh automatisch auch eine Dammfunktion übernehmen, wurden damit empfindliche und unbedachte Eingriffe in die Land- und Wasserwirtschaft vorgenommen. Außerdem war die Qualität der Straßen häufig sehr schlecht. Letzteres soll durch das 'Integrated Food Assisted Project No.3' vermieden werden (siehe dazu Interview mit den Beamten der Europäischen Kommission).

Andere EU-Projekte, die neben Nahrungsmittelhilfe auch versuchen, die EmpfängerInnen durch Ausbildung und Kredite auf Dauer von der Nahrungsmittelhilfe unabhängig zu machen, erfüllen sicherlich schon eher einen Nutzen.

Es ist jedoch nicht einzusehen - aus der Sicht der Entwicklungspolitik, die diesen Namen wirklich verdient -, warum die EU in ihrer Planung 1992-1997 keineswegs beabsichtigt, Nahrungsmittelhilfe zu reduzieren. Denn Nahrungsmittelhilfe ist und bleibt ein Störfaktor für die lokale Agrarhandelsstruktur, der kaum dazu angetan ist, die Autarkie des Landes in der Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen. Im Gegensatz zu ihrer eigenen Feststellung, wonach die Nahrungsmittelproduktion in Bangladesh in den letzten Jahren angestiegen ist, hält die Kommission unverändert an ihrer Position fest. Der Hauptgrund dafür sind natürlich die Finanzen: Europäische Agrarüberschüsse, die als Nahrungsmittelhilfe "entsorgt" werden können, kosten im Vergleich zur direkten Finanzhilfe nur einen Bruchteil, hinterlassen aber in der Aufstellung des Entwicklungshaushaltes einen ebenso guten optischen Eindruck. Noch dazu ließen sich in der Vergangenheit EU-Agrarexporte hervorragend kaschieren, die sonst internationale Protestaktionen ausgelöst hätten. Wir warten jetzt auf die Ergebnisse der umfassenden Auswertung der EU-Nahrungsmittelhilfepolitik in Bangladesh, die die Kommission für 1995 angekündigt hat.

Die Bekleidungsindustrie boomt zur Zeit in Bangladesh. Lange Zeit sind auch Kinder in den Fabriken beschäftigt worden. Sollte diesbezüglich Druck auf Bangladesh ausgeübt werden?

Die sogenannte Sozialklausel gegen Sklaven- und Kinderarbeit spielt in der Diskussion um die Reform der WTO eine wichtige Rolle. Die Grünen machen sich selbstverständlich für eine Sozialklausel stark. Die Schwierigkeit liegt einerseits darin, daß handelsprotektionistische Motive in der Debatte sehr häufig mit von der Partie sind, andererseits die Chancen für eine Reform der WTO im Sinne der Grünen mehr als schlecht stehen.

Wie sieht für Sie in groben Zügen eine den Namen verdienende europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Bangladesh aus?

Entwicklungszusammenarbeit muß Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Förderung eigener regionaler Märkte und Strukturen ist von besonderer Bedeutung. Auf der politischen Ebene müssen wir ein Autonomieabkommen in den 'Chittagong Hill Tracts' unterstützen.

Welche Rolle werden EP und Entwicklungsausschuß im Jahr 2000 spielen?

Das EP wird eine größere Rolle im Bereich der Legislative spielen, der Entwicklungsausschuß eine der Außenpolitik untergeordnete. Entwicklungspolitik scheint in der Öffentlichkeit 'out' zu sein. Es sei denn, wir ändern das gemeinsam.